

# „Nirgends werden Pflegekräfte so schlecht bezahlt wie in Niedersachsen“

VON CHRISTIAN PFEIFF

**Lemwerder.** Nachdem sie im vergangenen Jahr dem Breitbandausbau Priorität eingeräumt hatte, forciert Bundestagsmitglied Astrid Grotelüschen (CDU) jetzt dem Themenkomplex Gesundheit und Pflege. Als hochkarätigen Redner für zwei Veranstaltungen in ihrem Wahlkreis konnte sie den Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, gewinnen. Er referierte in der Begegnungsstätte (Begu) vor Zuhörern, die größtenteils selbst in der stationären und ambulanten Pflege tätig sind.

Vor 20 Jahren zählte Laumann, der sich seit Beginn seiner politischen Karriere gesundheitspolitischen Themen widmet, zu den Mitinitiatoren der Pflegeversicherung. Heute ist er ihr größter Reformator. Die 2017 in Kraft tretende Reform stelle „eine Abkehr vom rein defizitorientierten Pflegebegriff“ dar, der festlege, wie viele Minuten welche Pflegeleistung in Anspruch neh-

men dürfe. Von der neuen Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs würden vor allem Demenzkranke profitieren. Allerdings sei die Vollmacht Laumanns in manchen Angelegenheiten begrenzt, wie er unmissverständlich zu verstehen gab. Strittige Themen wie Ausbildungskostenübernahme und Bezahlung der Pflegekräfte seien Sache der jeweiligen Bundesländer. „Gerade Niedersachsen ist diesbezüglich schwierig“, konstatierte der Staatssekretär. Hier habe die Maxime der vergangenen Jahrzehnte stets gelautet, die bundesweit billigsten Pflegeeinrichtungen anbieten zu wollen.

„So etwas geht nur auf Kosten der Löhne der Beschäftigten. Es gibt kein anderes Bundesland, in dem Pflegekräfte so schlecht bezahlt werden wie in Niedersachsen.“ Entsprechende Fra-

gen aus dem Publikum verwies Laumann rigoros an die Landesregierung. Grotelüschen versprach, in absehbarer Zeit Folgeveranstaltungen mit zuständigen Entscheidungsträgern auch in Lemwerder zu organisieren. Die Attraktivität von Pflegeberufen für potenzielle Beschäftigte zu steigern, zählt zu den Hauptanliegen Laumanns.

Derzeit bezögen 2,6 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen aus der Pflegeversicherung. Davon würden 800 000 stationär betreut werden. Zwei Drittel der verbleibenden 1,8 Millionen würden in Familien betreut und nähmen lediglich finanzielle Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch.

Für die kommenden Jahre prognostiziert Laumann einen Anstieg von jährlich zwei bis drei Prozent pflegebedürftiger Personen bei gleichzeitiger Abnahme

der Möglichkeiten zur heimischen Pflege wegen sinkender Geburtenraten. Der größte Wunsch pflegebedürftiger Hochbetagter laute aber, möglichst lange zu Hause wohnen zu bleiben. Ergo sei in den kommenden Jahren mit einem deutlich ansteigenden Personalbedarf in der ambulanten Pflege zu rechnen.

„Meine größte Sorge ist dabei nicht, wie wir das alles bezahlen können, sondern wo wir das entsprechende Personal hernehmen.“ Auch in der medizinischen Versorgung befürchtet Laumann Engpässe: „Wir rasseln in einen krassen Ärztemangel. In allen Bundesländern werden heute weniger Ärzte ausgebildet als noch vor 20 Jahren, obwohl statistisch gesehen auf jeden verfügbaren Studienplatz neun Bewerber kommen.“ Auch in diesem Punkt sieht Laumann die Länder als Ausbildungsträger in der Pflicht und formulierte weitere Bitten an Zuhörer und Kommunalpolitiker. „Die Nachfrage nach altersgerechtem Wohn-

raum wird steigen. Es ist Aufgabe der Kommunen, sich über geeignete Grundstücke in zentraler Lage zu machen“, konstatierte der Staatssekretär.

„Kümmern Sie sich auch darum, dass überall die Möglichkeit einer Tagespflege besteht“, lautete Laumanns Appell an die Lemwerderaner, während er die in der Pflege tätigen Zuhörer aufforderte, sich mit der jeweiligen Geschichte ihrer Klienten zu befassen: „Eine Bäuerin hat andere Bedürfnisse als eine Studienrätin, denen es in der Pflege gerecht zu werden gilt.“

Um dies zu begünstigen, initiierte Laumann zu Jahresbeginn ein entbürokratisiertes Dokumentationsmodell, das den in der Pflege beschäftigten Arbeitnehmern mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe der Patientenbetreuung gewähren soll. Rund ein Drittel der insgesamt 25 000 bundesweiten Pflegedienste hätte sich bereits für eine sukzessive Umstellung auf dieses neue Modell entschieden.



Karl-Josef Laumann.  
FOTO: CHRISTIAN KOSAK